

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Amtsblatt des Königl. Bezirksgerichts und des Rathes der Stadt Leipzig.

N^o 340.

Donnerstag den 6. December.

1866.

Bekanntmachung, Miethveränderungen betreffend.

Um das Verzeichniß der Einquartierungspflichtigen und der zur Einquartierung geeigneten Räume in Ordnung zu erhalten, geben wir den Hausbesitzern und Administratoren hiermit auf, jede in ihren Hausgrundstücken eingetretene Mieth- resp. Zinsveränderung längstens acht Tage nach deren Eintritt bei unserem Quartier-Amt (Rathhaus erste Etage) schriftlich anzumelden. Jede Unterlassung oder Versäumniß dieser Vorschrift wird mit einer Geldstrafe von fünf Thalern geahndet werden.
Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. E. Stephani. Lamprecht.
Leipzig, den 5. December 1866.

Bekanntmachung.

In der vor dem Hotel de Prusse stehenden Wollbude sollen Sonnabend den 8. December d. J. von früh 9 Uhr an nachbenannte Gegenstände, als: eine Anzahl Spinnbreiter, eine Anzahl Rundhölzer und Stangen, = = = Schaalbreiter, = = = Thüren u. s. w. in kleineren Partien und unter den an Ort und Stelle bekannt zu machenden Bedingungen an die Meistbietenden verkauft werden.
Leipzig, den 5. December 1866.
Des Rathes Deputation.

Rede des Bürgermeisters Dr. Koch

über den Friedensvertrag,

gehalten in der 1. Kammer am 3. December ds. Jh.

(Nach der stenographischen Niederschrift.)

Meine hochgeehrten Herren! Besorgen Sie nicht, daß ich eine umfassende oder tiefeinschneidende Kritik der letzten Vergangenheit unseres engeren Vaterlandes unternehmen werde. Ich nehme die Thatsachen an, wie sie eben sind, wie dies auch der Bericht gethan hat. Indessen werden Sie mir zugeben, daß gerade für mich Veranlassung zu einer solchen Kritik vorgelegen hätte. Und wenn ich bedenke, daß alle diejenigen, die vor Beginn der blutigen Katastrophe von dem eingeschlagenen Wege abmähnten, gleich Staatsverbrechern behandelt, ja, daß Die, welche sich gestatteten, die Frage auch von der Rehrseite anzusehen, und zu erörtern, was denn aus unserem armen Sachsen werden solle, wenn sich das Glück der Waffen gegen uns wenden würde, mit leichtem Muth des Landesverrathes geziehen wurden und daß dasselbe Spiel von vielen Seiten noch heute fortgesetzt wird, nachdem die Erfolge doch wenigstens soviel dargethan haben, daß der betretene Weg nicht der richtige gewesen, so werden Sie es begreiflich finden, daß ich um die Erlaubniß zum Worte gebeten habe, zumal, wie sich mir bei einer heutigen wiederholten Lectüre der Verhandlungen des letzten außerordentlichen Landtags aufgedrängt hat, mir damals nicht unbedeutlich zu verstehen gegeben worden ist, daß ich in dieser Frage den Kampf mit meinen politischen Gegnern scheue.

Nun wohl, meine Herren, zum ehrlichen Kampfe stelle ich mich hiermit Ihnen zur Verfügung!

Ich habe gelegentlich des uns vorliegenden Friedenswerkes nur wenige kurze Bemerkungen zu machen. Zunächst kann ich einer Ansicht nicht beitreten, die mehrfach gehört worden ist, der Ansicht nämlich, daß die Staatsregierung den Frieden nicht hätte abschließen sollen, ohne vorher die Stände darüber gehört zu haben.

Meine hochgeehrten Herren! Es giebt Fälle, in denen die hohe Staatsregierung auf ihre Verantwortung hin handeln muß, wenn das Staatswohl nicht empfindlich geschädigt werden soll, und ein solcher Fall lag hier vor. Der Abschluß des Friedens durfte im Interesse des Landes nicht verzögert werden durch eine Einberufung der Kammern. Hätte die Regierung anders gehandelt, so würde sie sich, meiner Ansicht nach, eine schwere Verantwortung aufgeladen haben. Sie hat sich aber durch ihr Vorgehen viel mehr den Dank, als den Vorwurf des Landes verdient.

Trete ich dem Inhalte des Friedensvertrages näher, so bin ich bemüht gewesen, nicht nach rückwärts, sondern nach vorwärts blickend, mir die darin enthaltenen guten Seiten zurecht zu legen und, meine hochgeehrten Herren! hier bekenne ich zunächst, daß ich schwärzer in die Zukunft gesehen habe, als sich in der Folge bestätigt hat. Mit bangster Besorgniß im Herzen ging ich am 15. Juni dieses Jahres von Dresden hinweg nach der Heimath, weil in mir die Ueberzeugung feststand, daß die Abstimmung in Frankfurt am 14. desselben Monats der Anfang vom Ende sei,

nämlich der Anfang vom Ende Sachsens. Diese Befürchtung hat sich nicht bewahrheitet: unser Sachsen besteht Gott sei Dank noch, wenn auch unter schweren und harten Bedingungen. Aber es besteht und zwar von jetzt ab als ein Glied eines größeren Ganzen, welches in sich straffer zusammengefaßt werden soll, als der begrabene Bundestag. Und, meine Herren, wenn ich von jeher, so lange ich überhaupt über die deutsche Frage politisch gedacht habe, im Interesse des gesammten Vaterlandes sowohl, als im Interesse des Bestehens der einzelnen deutschen Staaten, mich rückhaltlos und offen zum deutschen Bundesstaate mit einheitlicher Leitung seiner nationalen Angelegenheiten, niemals aber zum Einheitsstaate, bekannt habe, so wird es nicht Wunder nehmen, wenn ich in diesem Theile des Vertrages eine gute Seite erkenne. Dagegen halte ich auch mit einer anderen Bemerkung nicht zurück.

Gewiß erfüllt der norddeutsche Bund, wie er uns jetzt dargeboten wird, nicht das Ideal, das wir uns von einem geeinigten Deutschland gebildet haben.

Aber, meine hochgeehrten Herren! er ist ein fester Kern, der mindestens geeignet ist, den deutschen Namen auch in der Wachtsphäre nach außen geachtet zu machen, wie er es bisher nicht war; ein fester Kern, an den die noch fehlenden Theile wie Kristalle anschließen werden, aber freilich nur unter der einen Voraussetzung, daß diesem Bunde nicht der leitende und befruchtende nationale Gedanke fehle. Und daß dieser ihm nicht fehle, meine Herren! dafür zu sorgen und darüber zu wachen, sind wir nunmehr mit berufen. Lassen Sie uns dieses Berufes jederzeit eingedenk sein!

Eine andere gute Seite finde ich darin, daß wir hoffentlich von der Politik des engsten Anschlusses an Oesterreich, welcher für unser Vaterland so unheilvoll geworden ist, nunmehr endlich gründlich curirt sind. Ich weiß, daß man diese Politik als eine Politik der Bundestreue bezeichnet hat. Ich habe jederzeit diese Treue geehrt und geachtet, aber ich habe es eben so tief beklagt, daß man dieselbe an Etwas hingegeben hat, was nach meiner Ueberzeugung nicht mehr existirte; denn für mich war von den beiden deutschen Großmächten gemeinsam uns die Bundesacte zerrissen vor die Füße geworfen worden in dem Momente, als von denselben unsere Truppen, die noch auf den Schlachtfeldern des letzten Krieges bewiesen haben, daß sie den Bravsten der Braven sich ebenbürtig zur Seite stellen dürfen, aus Schleswig-Holstein hinausgewiesen wurden. Von dem Augenblicke an hat für mich der Bund nicht mehr existirt. Und wenn nun eine dieser beiden Großmächte willkürlich, weil es ihr eigenes Interesse gebot, wieder zu diesem Bunde zurückzukehren schien, so lag darin nach meiner Auffassung keineswegs für uns die Nothwendigkeit vor, daß wir ihr auf diesem Wege folgten. Hier hatten nur die realen Interessen unseres Landes zu entscheiden. Ich weiß, die Ansichten über das, was unsere realen Interessen erforderten, standen sich scharf gegenüber. Ich habe die Gegner, ohne ihnen eine unehrenhafte Absicht beizumessen, nach Kräften zu bekämpfen gesucht, aber leider vergebens! Schon früher (dessen werden Sie sich erinnern, meine hochgeehrten Herren) habe ich an dieser Stelle anzudeuten versucht, daß und